

Die „Freiheit“ erscheint täglich zweimal, Donnerstags und Montags nur einmal, mit den Unterhaltungsbeilagen „Freie Welt“, „Frauen-Welt“ und „Der Jugend-Genosse“.

Die Jahrgangspostkarte (Postkarte) oder deren Raum kostet 10.- M., einschließlich Postentgelt. Kleine Anzeigen: Das jetzige Blatt 2.50 M., jedes weitere Blatt 1.75 M., einschließlich Postentgelt.

Fernsprecher: Zentrum 152 30-152 39

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

## Kommt Rußland zu Hilfe!

Die zentralen Körperschaften der Sozialdemokratie Rußlands wenden sich mit folgendem Aufruf, der ihre Stellung zur Konferenz in Genua präzisiert, an die sozialistischen Parteien und Arbeiterorganisationen aller Länder:

### Genossen!

Die russische Revolution hat in heldenhaftem Kampfe alle Anstöße des Imperialismus und der von ihm unterstützten Weißgardisten abgewehrt. Unser Land ist erschöpft, Industrie, Landwirtschaft und Verkehrsmittel sind zerstört. Die Lage der arbeitenden Massen, insbesondere des Proletariats, ist unerträglich schwer.

Unsere Partei, die zur bolschewistischen Regierung in Opposition steht, wird verfolgt und gehetzt. Wir haben vielfach an euch gegen die bolschewistischen Verfolgungen appelliert. Unermüdet führen wir und werden wir führen den Kampf gegen die innere Politik der Regierung. Wir erklären aber mit aller Entschiedenheit, daß die jetzige Lage entstanden ist nicht nur infolge innerer Ursachen, sondern auch infolge der verbrecherischen und barbarischen Politik der Entente.

Die Intervention, die Unterstützung der weißgardistischen Aufstände, die Blockade und die tatsächliche Isolierung haben Sowjetrußland in eine katastrophale Lage versetzt. Wird diese Politik der ausländischen Regierungen nicht mit aller Entschiedenheit liquidiert, so gibt es nicht nur für Rußland, sondern auch für ganz Europa keine Rettung.

Die Frage der Anerkennung Sowjetrußlands sollte auf die Tagesordnung der Konferenz in Genua gestellt werden. Aber die tauglichsten und kurzschichtigsten kapitalistischen Kreise versuchen, die Konferenz von Genua zu sprengen und aufzuschieben oder aber die russische Frage in so verzerrter Form aufzurollen, daß in Wirklichkeit Sowjetrußland nicht anerkannt wird.

Im Namen der Interessen der Arbeitenden der ganzen Welt zwingt wir an euch den Appell: **erzwingt von euren Regierungen die sofortige bedingungslose Anerkennung Sowjetrußlands.**

## Kapp verhöhnt die Justiz

Der „Königlich Preussische Wirkliche Geheime Regierungsrat“ Kapp hat an die „Dresdener Nachrichten“ einen Brief gerichtet, in dem er seine Bereitwilligkeit ausspricht, sich dem Reichsgericht „gegen Gewährung freien Geleits und Verschonung von der Untersuchungshaft“ zu stellen. Der Brief wurde teilweise für eine Mystifikation gehalten. Jetzt stellt sich aber heraus, daß er tatsächlich echt ist und daß ein Schreiben gleichen Inhalts bei dem Oberreichsanwalt in Leipzig eingetroffen ist.

Kapp erklärt, daß er durch seine Selbststellung „das an Jagow verübte Unrecht wieder gutmachen“ wolle. Denn das Gericht habe gegen Jagow zweifellos einen Fehlurteil gefällt. Herr Kapp glaubt, daß General von Lüttich und die anderen im Auslande befindlichen Herren dem „natürlichen Antriebe ihrer vornehmen Gesinnung entsprechend“ den Wunsch hegen würden, seinem Beispiel zu folgen und gleichzeitig mit ihm in Leipzig zu erscheinen. In der weisen Voraussicht, daß diese Herren den Mut dazu doch nicht aufbringen werden, richtet Herr Kapp an sie gleichzeitig das Ersuchen, von einer Selbststellung Abstand zu nehmen. Er will als das politische Haupt des Märzunternehmens den Vorrang haben und allein die Verantwortung auf sich nehmen.

Herr Kapp scheint durch seine Hintermänner, die Sehnsucht nach einer politischen Sensation haben, zu diesem Briefe aufgepuscht worden zu sein. Seinen Ehrgeiz, als alleiniger Führer des Märzunternehmens aufzutreten, müssen wir aber im Interesse der historischen Wahrheit ein wenig dämpfen. Kapp war zwar bei den Vorbereitungen zum Putsch rührig tätig. Der wirkliche Führer ist er aber nicht gewesen. Diese Ehre gebührt vielmehr dem großen Ludendorff und seinem Berater, dem Obersten Bauer. Wenn Kapp jetzt die Verantwortung allein übernehmen will, so geschieht das sicher nicht zuletzt in Hinblick auf die Erhaltung des Ansehens des Generals Ludendorff. Dieser Mann soll in erster Linie gerechtfertigt werden, nachdem sein Name, insbesondere durch die Veröffentlichung der Schrift des Professors Delbrück, auch bei den noch schwankenden Schichten einen sehr üblen Klang bekommen hat.

Soweit die politische Seite des Briefes. Juristisch bedeutet das Anerbieten Kapps eine Verhöhnung der deutschen Justiz; der Brief ist geradezu ein Gradmesser dafür, was dieser Justiz heute alles geboten werden kann. Denn nur in den mittelalterlichen Räuberstaaten war es üblich, daß Verbrecher der Justiz Bedingungen stellen

im Namen des allgemeinen Friedens, im Namen der Wiedergeburt der ruinierten Völker Europas appellieren wir an euch:

**Kämpft gegen die Vertagung der Genuaer Konferenz, kämpft gegen jede Fallibilisierung der Frage der Anerkennung Sowjetrußlands.**

Wichtig ist indes nicht allein die Anerkennung Sowjetrußlands, sondern auch die Bedingungen, die hierbei gestellt werden. Die bürgerlichen Regierungen werden versuchen, die Hilfeleistung für das ruinierte Rußland nicht in eine wirkliche Hilfe, sondern in eine Verflauung Rußlands zu verwandeln. Was sie nicht auf dem Wege der Intervention zu erreichen vermöchten, werden sie versuchen, durch Aufzwingung schwerer Bedingungen der Anerkennung und durch eine ungemessene Ausbeutung zu erzielen. Die Anerkennung Sowjetrußlands muß Hand in Hand gehen, nicht mit der Verwandlung Rußlands in eine Kolonie des westeuropäischen Kapitals, sondern mit einer energischen und wirksamen Finanz- und Wirtschaftshilfe.

Die Ketten, die dem revolutionären Rußland auferlegt werden, würden als schwere Last auch auf eure Schultern fallen. Die Verflauung Rußlands würde den Ansturm des internationalen Kapitals gegen das internationale Proletariat erleichtern. Deshalb richten wir im Namen der Interessen der russischen Revolution und des internationalen Proletariats den Ruf an euch:

**Kämpft gegen die schweren Bedingungen, tretet ein für gerechte Friedensbedingungen mit Sowjetrußland, tretet ein für die unverzügliche finanzielle und wirtschaftliche Unterstützung Rußlands.**

Genossen! Die russische Revolution bedarf eurer Hilfe. Die Interessen der russischen Revolution und des internationalen Proletariats sind die gleichen, und im Namen dieser gemeinsamen Interessen, im Namen des sich verblichenden russischen Volkes, im Namen des im Elend versinkenden russischen Proletariats, im Namen der hungernden und frierenden Dörfer und Städte, im Namen der sterbenden Frauen und Kinder, rufen wir euch zu: **Kommt Rußland zu Hilfe!**

Rostau, 16. Februar 1922.

Zentralkomitee der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

Zentralkomitee des sozialdemokratischen Jüdischen Arbeiterbundes.

konnten. Wenn die deutsche Justiz eben soweit heruntergekommen ist, dann verdient sie diese Einschätzung voll und ganz. Gerade in bezug auf ihre wohlwollende Haltung gegenüber den Kappisten. Geseht den Fall, das Reichsgericht würde die Bedingungen Kapps annehmen, dann weiß dieser genau, daß ihm nicht allzuviel geschehen wird. Im äußersten Notfalle würde ihm ein falscher Paß zu einer neuen Flucht ins Ausland verhilfen, und deshalb kann er auch ruhig wagen, den Helden zu spielen. Er weiß, wie ungefährlich die deutsche Justiz ist, wenn sich ein Monarchist in die Maschen der Gesetze verstrickt, und wie nachsichtig die republikanischen Behörden sind, wenn ein Monarchist in Rückblick auf die Unannehmlichkeiten einer Gefängnisstrafe seinen Wohnsitz ins Ausland verlegt.

## Zum Geburtstag Georg Ledebours

Heute begeht unser alter Kampfesführer Georg Ledebour seinen Geburtstag, er wird heute 72 Jahre alt. Leider kann Genosse Ledebour seinen Geburtstag nicht in voller Freiheit und Gesundheit begehen. War es vor drei Jahren die Untersuchungshaft, die ihn an seinem Geburtstage fern von seiner Familie und seinen Kampfgenossen hielt, so ist es diesmal ein bedauerliches persönliches Mißgeschick, das den noch immer so rüstigen Kämpfer an seinem Geburtstage ans Krankenlager fesselt. Nach ärztlichem Ermessen liegt keinerlei Gefahr für den Patienten vor, vielmehr nimmt die Heilung einen normalen Verlauf.

An seinem Geburtstage vereinigen wir uns mit Hunderttausenden von Arbeitern in dem herzlichsten Wunsch, daß Genosse Ledebour möglichst rasch wiederhergestellt sein und seine Tätigkeit im Interesse des Proletariats bald wieder voll aufnehmen möge!

## Hochwasserkatastrophe in Polen

Krakau, 6. März.

Die Hochwasserkatastrophe in Polen nimmt immer größeren Umfang an. Es wurden bisher insgesamt allein im Krakauer Weichselbezirk über 20 Brücken zerstört. Der Gesamtschaden ist auf Milliarden geschätzt. Nach Warschauer Meldungen ist auch dort die Weichsel stark angeschwollen und hat unweit Warschau bis zu einem Kilometer Länge den Damm durchbrochen. Der Eisenbahnverkehr mußte stellenweise unterbrochen werden.

## Milch, nicht Alkohol

Am Donnerstag beginnt im Reichstag die Beratung des Gesetzentwurfes über das Branntweinmonopol. Zweifellos wird bei diesen Erörterungen auch der volkswirtschaftlich unsinnige und die Volksernährung gefährdende Zustand kritisiert werden, daß in einer Zeit schärfster Nahrungsmittelnot ungeheure Mengen wertvoller Nahrungsmittel zu Alkohol verarbeitet werden. Und das, obwohl die Fortschritte der Technik in den letzten Jahren die Möglichkeit geliefert haben, Alkohol in beliebigen Mengen aus anderen Stoffen als aus Nahrungsmitteln herzustellen. Die Großgrundbesitzer aber wollen an der Alkoholerzeugung aus Nahrungsmitteln unbedingt festhalten, weil das ein gutes Geschäft für sie ist und gegenwärtig vor allem die Hochhaltung der Kartoffelpreise ermöglicht.

Diese selbstsüchtigen Bestrebungen verstanden sie hinter Erwägungen, die angeblich durch das Interesse für die Allgemeinheit diktiert sind. Brennereien sind notwendig, so erklären sie, weil die aus der Verbrennung der Kartoffeln gewonnenen Rückstände — Schlempe — das beste Futtermittel seien und eine Steigerung der Milchproduktion garantieren. Das aber liege besonders im Interesse der städtischen Bevölkerung, die nur auf diese Weise ausreichende Milchmengen erhalten können. Schon vor Jahren hat der verstorbene Abgeordnete Wurm, der beste Kenner dieser Materie überhaupt, diese Argumentation aufs gründlichste zerpfückt und nachgewiesen, daß schon seit Jahren trotz des erheblichen höheren Branntweinverbrauchs die Schlempe als Futtermittel überhaupt nur für 4 Prozent unseres Rindviehbestandes in Frage komme. Sie spielt also praktisch nur eine unbedeutende Rolle.

Es ist aber auch falsch, daß die Schlempe wegen ihrer alkoholischen Rückstände ein gutes Futtermittel sei. Wir haben diese Frage schon mehrfach besprochen und bringen nachfolgend wiederum die Darlegungen eines landwirtschaftlichen Sachverständigen, der an Hand neuen Beweismaterials die Argumentationen der Schnapsbrenner widerlegt.

In dem in der „Freiheit“ Nr. 595 vom 21. 12. v. J. veröffentlichten Aufsatz „Alkohol oder Milch“ war u. a. die Darstellung der sogenannten Kunstschlempe durch Professor Maercker eingehend besprochen. Gleichzeitig war der von Maercker erbrachte Nachweis wiedergegeben, daß diese Kunstschlempe ein ohne alkoholische Gärung hergestelltes Gemisch aus gedämpften Kartoffeln oder Rüben, Wasser und einer geringen der Zusammenfassung der Branntweinschlempe entsprechenden Kraftfuttermenge, die gleiche ausnahmsweise stark milchzeugende Wirkung besitzt wie die Kartoffelschlempe. Der Grund hierfür beruht nicht auf dem inneren Gehalt der beiden Schlempearten, sondern ist auf den äußeren Umständen einer starken Verdünnung und vor allem einer möglichst heißen Verfütterung zurückzuführen.

Maerckers mit nicht anzuzweifelnder Gründlichkeit vorgenommene Feststellungen erfahren eine auffallende Bestätigung, deren Wiedergabe in diesem Zusammenhang um so wesentlicheres Interesse besitzt, als sie aus der reinen landwirtschaftlichen Praxis einer bereits lange zurückliegenden Zeit stammt. Mit Maercker zugleich wirkte an der Universität Halle und deren landwirtschaftlichen Institut viele Jahre der greise Professor Julius Kühn. Jeder Eingeweihte kennt die überragende Bedeutung seiner Verdienste um die Landwirtschaft und weiß, daß seine Lehre, insbesondere vom Acker- (Pflanzen-)bau und von der Viehzucht für alle Zeit klassischen Wert behalten wird. Beide Männer zeichnete bei sonst verchiedenem Werdegang eine gemeinsame hervorragende Eigenschaft aus: sie meisterten sowohl die Praxis als auch die Wissenschaft. Bevor Julius Kühn, etwa Ende der vierziger Jahre alt, zur Übernahme des landwirtschaftlichen Lehramts an die Universität Halle berufen wurde, war er Wirtschaftsdirektor einer großen Begüterung in Schlesien. Als solcher schrieb er das Werk: „Die zweckmäßigste Ernährung des Rindviehes vom wissenschaftlichen und praktischen Gesichtspunkte“. Dasselbe stellte die Lösung einer von der schlesischen Gesellschaft für vaterländische Kultur ausgeschriebenen Preisaufgabe dar und fand bei seinem Erscheinen allgemein Bewunderung. In dem die Fütterung des Milchviehes betreffenden Kapitel heißt es auf Seite 280/81:

„Sehr zweckmäßig wird bei einer solchen Fütterung zur Morgen- und Abendmahlzeit nach dem Austreten des Häckselstreuens, welches immer je in zwei Portionen vorgelegt werden sollte, recht warm getränkt, so daß pro 500 Kilo Lebendgewicht 15 Liter Tränke von mindestens 50 Grad C. auf die Reste des Häckselstreuens in die Krippe gegossen werden.“

Der Verfasser beschreibt sodann des weiteren die Zubereitung dieser Tränke im einzelnen und spricht sich hierbei hinsichtlich des überaus günstigen Einflusses auf die Milchleistung folgendermaßen aus:

„Eine solche warme Tränke wirkt ungemein förderlich auf die Milchsekretion (absonderung). Die günstige Wirkung liegt in der Aufnahme einer großen Menge sehr warmen Wassers.“

Mit anderen Worten: Kühns „warme Tränke“ ist genau das gleiche wie Maerckers „Kunstschlempe!“

Durch Zufall liegt dem Verfasser dieses Artikels dasjenige Exemplar von Kühns „Zweckmäßiger Ernährung des Rinda-

vielles" vor, welches Maerker vom Verfasser mit handschriftlicher Widmung erhalten hat. Maerker scheint dasselbe aber wenig eingehend studiert zu haben; anderenfalls hätte er sicher auf die kühnen Erfahrungen Bezug genommen, selbst wenn — bzw. dann erst recht — es sich, wie in Halle damals verläutete, bewahrheitet hätte, daß zwischen Kühn und Maerker persönliche Gegensätze bestanden. Ueberaus interessant bleibt, wie der große Gärungstechnologe Maerker, der vorbildliche Kenner des landwirtschaftlichen Brennerwesens und sachverständigste Beurteiler der Schlempewerte, im Jahr 1898 durch seine wissenschaftlichen Forschungen zu derselben Errungenschaft gelangt, die dem schlichten praktischen Landwirt Kühn auf Grund seiner allerdings hervorragenden Leistungen als Viehwirt bereits über 40 Jahre früher eigen waren.

Kühn mußte seine warme Tränke damals mit Apparaten und Gefäßen herstellen, die nach heutigen Begriffen als höchst unvollkommen gelten würden; auch ist eine umfangreiche menschliche Arbeitsleistung zweifellos erforderlich gewesen. Nach dem neuzeitlichen Stand der Technik würde die Industrie für die Bereitung der Kunstschlempe, die in jeder Hinsicht vollendeten Einrichtungen schaffen, die außerdem noch den Vorzug hätten, daß sie keineswegs kostspielig zu sein brauchten. Es könnte also auch der kleinste Kuhhalter Kunstschlempe darstellen, und es wäre verhältnismäßig leicht, die — um mit Maerker zu reden — spezifisch milcherzeugenden Wirkungen, die bis jetzt nur den mit Brauntweinschlempe gefütterten höchstens 4 v. H. der gesamten Rinderbestände zugute kommen, auch für die übrigen 96 v. H., zum mindesten für einen ansehnlichen Teil von ihnen, freizumachen. Welche außerordentliche Produktionssteigerung an Milch alsdann erreicht werden müßte, braucht nur angedeutet zu werden. Daher muß es, allen Monopolgeflüsten der Brauntweinschlempe zum Trotz, im Interesse der Allgemeinheit heißen: Nicht Alkohol, sondern Milch.

## Wem nützt der Schnapskonsum?

Infolge eines Beschlusses, den ein sozialdemokratischer Parteitag vor mehr als einem Jahrzehnt gefaßt hatte, war der Schnapskonsum wesentlich zurückgegangen. Leider ist seit Kriegsende in dieser Beziehung ein Wandel eingetreten, obwohl zu den Gründen, die seinerzeit für den Schnapsboykott geltend gemacht worden waren, neue, und zwar sehr gewichtige, hinzugekommen sind. Namentlich der Umstand, daß die zum Schnapsbrennen verwendeten Getreide- und Kartoffelmengen der Volksernährung entzogen werden, und daß die Ausgaben der Arbeiter für Schnaps in der Hauptsache in die Taschen der Junker und Reaktionsäre fließen. Vielleicht ist der nachfolgende Passus aus einer Rede, die der frühere konservative Abgeordnete Kreth in der Generalversammlung des Vereins für Spiritusfabrikanten hielt, geeignet, die Schnapskonsumenten zum Nachdenken und zum Einschränken des Schnapskonsums anzuregen. Kreth sagte:

„Die erfreuliche Folge des verstärkten landwirtschaftlichen Brennerbetriebs ist eine sehr merkwürdige Hebung des Viehstandes in den Landwirtschaftsbetrieben auf leichten Böden gewesen. Leider hat der Absatz an Brauntwein mit der Erzeugung nicht gleichen Schritt gehalten.“

Also, je weniger Schnaps getrunken wird, um so größer der Verger der Schnapsbrennenden Junker. Sorgen wir dafür, daß die Junker vor Verger prägen. Für die deutsche Arbeiterschaft kann dies in mehr als einer Beziehung nur von Vorteil sein.

## Teuerung und Steuerkompromiß

Die Aufstellungen der „Frankfurter Zeitung“ über die Entwicklung der Großhandelspreise ergeben auch für den Monat Februar eine gewaltige Steigerung. War die Gesamtteuerung der 77 der Statistik zugrundegelegten Waren am 1. Februar noch eine 3,5fache gegenüber dem 1. Januar 1920, so hat sich die Teuerung am 1. März auf eine 4,3fache erhöht. Zieht man gar die Friedenspreise zum Vergleich heran, so ist die Teuerung am 1. März eine 49-fache gegenüber einer 38-fachen am 1. Februar dieses Jahres.

Der gewaltigste Anteil an diesem Aufschwollen des Teuerungsturfes entfällt auf die Lebensmittel. Diese sind im Laufe des Vormonats allein um 35 Prozent im Preise gestiegen. Die Teuerung gegenüber Friedenspreisen ist hier eine fünfzigfache. Die Kleinhandelspreise hinken hinter dieser Preisentwicklung noch etwas nach, aber sie stehen bereits da, wo die Großhandelspreise im Beginne des Monats Februar gestanden haben.

Den hauptsächlichsten Anstoß erhält diese geradezu beängstigende Teuerung durch die immer weiter anschwellende Ueberschüttung mit Papiergeld. Allein in der letzten Woche des Monats Februar sind für 4,38 Milliarden Mark neues Papiergeld in den Verkehr gebracht worden. Diese Zustucht zur Notenpresse ist eine ganz natürliche Folge des Steuerkompromisses, das, an dem Befehl schonend vorbeigleitend, nur die Massen mit neuen indirekten Milliardensteuern belastet, ohne daß die ungeschriebene Steuer, die Inflation, auch nur merklich gemindert wird.

Ueber diese Zusammenhänge zwischen Teuerung und Steuerkompromiß kann auch die Tatsache nicht hinwegtäuschen, daß auf dem Weltmarkt ebenfalls eine Preissteigerung bemerkbar ist. Diese ist im Vergleich mit der Teuerung in Deutschland verschwindend gering. Noch heute stehen die Weltmarktpreise unter der Hälfte der beispielsweise am 1. März 1920 errechneten Höhe. Die feste Entwertung der Mark verteuert automatisch jede Einfuhr aus dem Auslande und erweitert den Spielraum der Preisentwicklung im Inlande ins Unendliche. Denn diese hat das Bestreben, sich auf jene Höhe zu erheben, welche die Einfuhr aus dem Auslande gerade noch verhindert und unrentabel erscheinen läßt. Darum hatte die Geldentwertung auch ein gewaltiges Anziehen der Eisen-, Kohlen- und Getreidepreise zur Folge. Jeder weitere Fall der Mark bringt also dem deutschen Kapital unmittelbaren weiteren Gewinn, während der Arbeiter von der Teuerung erfaßt wird, ohne einen Ausgleich durch Höherhebung des Einkommens schaffen zu können. Die Entwicklung der Löhne läuft vielmehr weit hinter der Preisentwicklung nach, und der Abstand vergrößert sich mit jedem Tage mehr. Als ein neues Element dieser zwischen Lohn und Teuerung bestehenden Spannung erweist sich schon heute ganz zweifellos das Steuerkompromiß, und es ist ziemlich gleichgültig, welche Form die sogenannte Zwangsanleihe schließlich annehmen wird. Sie kann nie die Sachwert-Erfassung erheben und nicht einmal als ein Anfang hierzu betrachtet werden.

## Zur Haltung der Reichstagsfraktion

### Stellungnahme der Leipziger Parteigenossen

In einer gutbesuchten Mitgliederversammlung beschäftigte sich unsere Leipziger Parteioorganisation mit der Abstimmung der Reichstagsfraktion über das Vertrauensvotum für die Regierung. Genosse Crispian erstattete ein Referat vom Standpunkt der Fraktionsmehrheit aus. In der Diskussion sprachen die Genossen Saupe, Müller und Schilling für die Auffassung der Fraktionsminderheit, während die Genossen Liebmann und Marchionni die Auffassung der Mehrheit vertraten. Nach dem Schluß-

wort des Genossen Crispian wurde gegen vier Stimmen folgende Resolution angenommen:

„Die Parteiverammlung der U. S. P. D. Groß-Leipzigs kundet der Parteizentrale wie der Mehrheit der Reichstagsfraktion ihr Vertrauen. Sie erwartet, daß in Zukunft die Partei nach außen als geschlossenes Ganzes auftritt. Ferner bekennt sich die Versammlung zu den Beschlüssen der Reichskonferenz vom 22. Februar 1922.“

## Nationale Radaumacher

Der Verband „nationalgesinnter“ Soldaten, jene satism bekannte Radauorganisation, die sich Ludendorff zu seiner Leibgarde auserkoren hat, hielt am Sonntag im Kriegervereinshaus eine Versammlung gegen die Auslieferung der Kriegsverbrecher ab. Die erste Ansprache hielt der Führer der Baltikumhorden — Der Kubel tollt, der Jude großt — General von der Goltz. Er sagte u. a.:

Die deutsche Regierung und die Welt sollen wissen, daß 150 000 nationalgesinnte Soldaten, daß die guten Leute der Schutzpolizei und der Reichswehr im Bunde sind (Beifall), daß keine Schergen sich finden werden, der Entente deutsche Männer zuzuführen. Keine Regierung kann sich dazu bereit finden, Deutsche auszuliefern. Täte sie es doch, so wäre es keine deutsche Regierung, sondern eine feindliche, und somit wäre ein Aufsehen gegen sie berechtigt. (Stürmischer Beifall.)

Der Beitritt zum Verband „nationalgesinnter“ Soldaten ist den Angehörigen der Reichswehr angeblich verboten. General von der Goltz aber läßt uns wissen, daß die „guten Leute“ dieser Reichswehr mit dem Verband nationaler Radaumacher im Bunde sind, und ebenfalls die „guten Leute“ aus der Schutzpolizei. Es erschien uns daher angebracht, wenn sowohl der Reichswehrminister als auch der preussische Minister des Innern sich diese „guten Leute“ einmal etwas näher ansehen würden, denn sie haben in republikanischen Stellungen nichts zu suchen. Wie notwendig eine Säuberung der Reichswehr und der Schutzpolizei von diesen „guten Leuten“ ist, ergibt sich aus der Tatsache, daß in der Versammlung die Regierung durch Juruse als „Lumpengefindel“ bezeichnet wurde. Auch ein Regierungsrat (H) namens Lawrenz trat auf und steigerte durch eine deutsch-nationale Heerde die Stimmung der Versammlung bis zur Siedehitze. Seine Rede löste in bezug auf die Regierung Juruse wie: Lumpen, Verräter, Juden! und andere Kosenamen aus. Befindet sich dieser Regierungsrat Kamerenz in einer staatlichen Stellung? Dann wird es Zeit, daß er in großem Bogen an die frische Luft geht wird. Eine Republik, die Wert auf Ansehen legt, hat es nicht nötig, deutsch-nationalen Lügenmüllern eine gesicherte Existenz zu verschaffen.

## Wer spaltet die Gewerkschaften?

Die Kommunisten leugnen in der Regel, daß sie auf die Spaltung der Gewerkschaften hinarbeiten. Den Worten nach sind sie die eifrigsten Förderer der Einheit der Gewerkschaftsbewegung. Etwas unvorsichtig hat nun der abgelegte Kurlandsfahrer Schumacher in der Konferenz des kommunistischen Bezirksausschusses Berlin-Brandenburg die wahren Ziele der kommunistischen Gewerkschaftsarbeit ausgedeutet. Er erklärte, nach dem Bericht der „Roten Fahne“, wörtlich folgendes:

„Die Furcht aus den Gewerkschaften hat zugenommen. In weiten Kreisen der Arbeiterschaft herrscht heute schon die Auffassung, daß die Spaltung der Gewerkschaften kommen wird. Wir müssen uns auf die Spaltung vorbereiten, um den Massen an die Hand gehen zu können.“

Diese Worte Schumachers bedeuten nichts anderes, als die offene Proklamierung der Spaltung der Gewerkschaften. Der hinausgeworfene Vorstehende des Schneiderverbandes beschränkt sich aber nicht auf Worte allein. Neuerdings betätigt er sich auch systematisch als Versammlungsprenger in gewerkschaftlichen Versammlungen. Theorie und Praxis passen bei diesem Burschen vollkommen zueinander. Was seine Kollegen in vorsichtiger Ministerarbeit tun, vollbringt er offen und ungeheuer. Um so mehr haben die Massen der Gewerkschaftsmitglieder Veranlassung, den immer frecher auftretenden kommunistischen Spaltern auf die Finger zu klopfen.

## Gefindel!

Der Artikel des Genossen K. Abramowitsch in unserer Sonntagsausgabe, in dem der Versuch der Moskauer „Tscheka“ geschildert wurde, durch terroristische Maßnahmen dem Einigungstreiben des Proletariats entgegenzuwirken und die internationale Stellung Russlands zu verschlechtern, hat bei der „Roten Fahne“ eine der bei ihr üblichen Tobuchisankfälle hervorgerufen. Wir würden auf diese Delirien nicht eingehen, da sie höchstens durch eine Kaltwasserkur geheilt werden können. Aber einige Sätze veranlassen uns zu einer kurzen Feststellung. Die „Rote Fahne“ schreibt über den Genossen Abramowitsch:

„Der russische Menschewistenführer erweist sich mit diesen Ausführungen wieder einmal als der Soldschneider des westeuropäischen Kapitalismus im Kampfe gegen Sowjetrußland. Unter nichtigen Vorwänden deckt er die Terroristen gegen die russische Revolution und unterstützt direkt die Kolonisierungsversuche der englischen und französischen Imperialisten.“

Es heißt dann weiter in dem Artikel der „Roten Fahne“:

„Daß die „Freiheit“ ihr Papier für losche Ziele zur Verfügung stellt, ist die sinngemäße Folge der unabhängigen Koalitionspolitik. Wer mit der Regierung Wirch, der Sklavin des Ententekapitals, geht, muß auch die Entente in ihren Kolonisierungsversuchen gegen Sowjetrußland ermutigen. Da ein Arbeiterblatt wie die „Freiheit“, in Deutschland nicht offen für die Ententepolitik gegen Rußland Propaganda machen kann, tut sie es in verdeckter Form, vermittelst der Artikel russischer Menschewistenführer.“

Die Herren Wirch und Rathenau, die Herren Poincaré und Lloyd George werden mit Breitscheid, Hilsenring und Abramowitsch zu frieden sein.“

Daß das kommunistische Organ diese schmutzigen Insanien in die Welt setzt, regt uns nicht weiter auf. Etwas muß es ja leisten, um sich die Millionenzuschüsse aus der Moskauer Korruptionzentrale zu „verdienen“. Besonders hervorgehoben muß aber werden, daß die Redaktion der „Roten Fahne“ ihre Besprechungen der russischen Menschewistenführer niederschrieb, obwohl sie den heute an der Spitze unseres Blattes veröffentlichten Aufruf der russischen Sozialdemokratie, in dem das internationale Proletariat zum Kampf für die bedingungslose Anerkennung Sowjetrußlands angefordert wird, schon seit einigen Tagen in Händen hatte. Gegenüber dieser bewußten verleumdenden Einstellung gibt es nur eine Empfindung: Ekel und Verachtung!

Berliner Tagung des Zionistischen Aktionskomitees. In Berlin wird am 15. März eine dreitägige Sitzung des großen Zionistischen Aktionskomitees beginnen, zu welcher Vertreter aus den verschiedensten Ländern der Welt erwartet werden.

## Frankreichs Angst

### Errichtung einer neuen Ueberwachungsstelle?

Basel, 6. März.

Die „Basler Nachrichten“ wissen zu melden, daß die Konferenz von Boulogne für Deutschland nicht so ganz ungünstig verlaufen ist, wie man nach den ersten Havas-Berichten annehmen konnte. Wenn auch Lloyd George auf der Konferenz Konzeptionen gemacht hatte, so ist es ihm andererseits geglückt, Poincaré davon zu überzeugen, daß die Politik der Repressalien gegen Deutschland nicht der richtige Weg sei, um England zu beruhigen. Es wird sich jetzt darum handeln, Frankreich, mit dessen Angst vor einem Wiedererstehen der deutschen Armee als mit einer feststehenden Tatsache gerechnet werden muß, solche Garantien zu verschaffen, die für Deutschland leichter erträglich sind und Frankreich bessere Sicherheiten bieten, als die Befolgung der drei Rheinstädte oder gar neue Sanktionen. Eine solche Garantie dürfte in der Errichtung einer neuen militärischen Ueberwachungsstelle bestehen, die aber nach ganz anderen Prinzipien arbeiten müßte als die bisher bestehenden Kontrollkommissionen.

## Finanzministerkonferenz

Paris, 6. März.

Wie Havas mitteilt, beschäftigt es sich, daß die Konferenz der französischen, englischen, belgischen und italienischen Finanzminister am 8. März im Finanzministerium zusammentreten wird. Sie wird zwei Tage dauern und sich mit folgenden Fragen beschäftigen: 1. Mit dem Finanzabkommen vom 13. August, der Kohle im allgemeinen und ihren hohen Preis, den Saargruben und der Verteilung der ersten Milliarde. 2. Mit der Frage der Besatzungskosten und 3. mit dem Wiesbadener Abkommen.

## Der Kampf um Lloyd George

London, 6. März.

Wie Reuters erfährt, wird Balfour in seiner mit Spannung erwarteten Rede Lloyd Georges Beschluß hinsichtlich der Kabinettskrise bekanntgeben. Bisher ist Lloyd George noch nicht zu einer endgültigen Entscheidung gekommen; es besteht daher noch die Möglichkeit, daß er in Kürze zurücktreten wird. Chamberlain und andere Führer der Konservativen haben bisher keine befriedigende Formel zu finden vermocht, die eine lokale Haltung des rechten Flügels der Konservativen gegenüber Lloyd George gewährleisten. Lloyd George ist eifrig darauf bedacht, alle Möglichkeiten in Erwägung zu ziehen, die die bevorstehenden großen internationalen Konferenzen, deren Urheber er ist, bieten können. Es ist daher möglich, daß er sich dazu bestimmen läßt, noch einen oder zwei Monate im Amte zu bleiben und auf diese Weise den Bedürfnissen der Stunde für den Wiederaufbau Europas den Vorrang vor seinen persönlichen Wünschen gibt.

## Die polnische Kabinettskrise

Warschau, 5. März.

Ministerpräsident Bonikowski erklärte in einem Gespräch mit Zeitungsverkeimern, es sollte ein parlamentarischer Kabinet gebildet werden, das sich auf eine starke Mehrheit stützen könnte. Kurzer Barzawski erfährt aus parlamentarischen Kreisen, daß in der gestrigen Sitzung des Kabinetts die Möglichkeit des Verbleibens des bisherigen Kabinetts erörtert wurde. Das Blatt meint, daß der Rücktritt des Außenministers Stimment besonders bedauerlich sei, dessen Verdienste auch im Auslande gewürdigt würden. Kurzer Polosi fordert die rasche Bildung einer neuen Regierung. Man sehe ein Kabinet Bonikowski nicht als Staatsnotwendigkeit an und gebe einem parlamentarischen Kabinet den Vorzug. „Robotnik“ (sozialistisch) wendet sich in seinem Leitartikel gegen die Nationaldemokratie, die eine so schwere Krise verursacht habe.

D. E. Warschau, 6. März.

Der Befehl der Warschauer Regierung zuwider ist der Minister Sejm mit seinem Marschall an der Spitze am Sonnabend fast vollständig in Warschau eingetroffen. Er wurde auf dem Bahnhof von zahlreichen Delegationen festlich begrüßt. Die polnische Regierung hat sich an dem Empfang nicht beteiligt, was hier großes Aufsehen erregte. Der Staatschef Biludski, der von einer militärischen Inspektionsreise aus Breslau-Litauen zurückkehrte, hat das Demissionsgesuch des gesamten Kabinetts angenommen und es bis auf weiteres mit der Fortführung der Geschäfte betraut. Von nationaldemokratischer Seite wird der Standpunkt vertreten, daß der Sejm, ohne eine Lösung der Regierungskrise abzuwarten, die Wilna-Angelegenheit in seine Hände nehmen müsse. Der Seniorenkonvent hat zunächst Vermittlungsverhandlungen mit der Wilnaer Delegation angeknüpft. Falls diese scheitern, will er sich durch den Sejmarschall an den Staatschef mit dem Vorschlag wenden, vorläufige Leiter der Ministerien zu ernennen, die bereit wären, die Vereinigungs-Akte in der von der Wilna-Delegation gewünschten Form zu unterzeichnen.

## Parlamentarische Krise auch in Amerika

### Um die Ratifizierung des Viermächtevertrags

Washington, 5. März.

Präsident Harding und Senator Lodge berieten über die Ratifikation des Vajitschvertrages. Es verlautet, daß der Präsident dem Vorschlag des Senators Lodge zustimmt, daß die Ratifikation des Viermächtevertrages im Senat am Montag beginnen soll. Der Präsident erklärte, daß der Vajitschvertrag vor dem Flottenvertrag und den übrigen noch unerledigten Verträgen ratifiziert werden müsse, da die Vereinigten Staaten sonst nicht in der Lage sein würden, ihr Flottenbauprogramm aufzugeben.

„Chicago Tribune“ meldet aus Washington: die Ratifikation des Viermächteabkommens im Stillen Ocean durch den Senat er scheint nur noch bei starken Vorbehalten möglich. Die Lage dazu aussichtslos sei.

Nach demselben Blatt hat Marinsekretär Dandy die Pleierung von fünfzig weiteren Torpedobootzerstörern und annähernd sechzig Hilfschiffen freigegeben, um durch Kohlenersparnis die Ausgaben für die Flotte auf die im Budget vorgesehenen Positionen zurückzuführen.

## Königreich Aegypten

D. Kairo, 6. März.

Das arabische Blatt „El Ahsar“ meldet, daß nach Sanktionen der Regierungserklärung über Aegypten durch das englische Unterhaus der Beginn des konstitutionellen Regimes durch 101 Kantonenschüsse kaluiert werden soll. Sultan Fuad werde wieder den Titel eines Königs von Aegypten annehmen als „Seine Majestät König Fuad von Aegypten“.

# Morgen, Mittwoch, Zahlabend in Groß-Berlin

## Preussischer Landtag

Montag, den 6. März

Der preussische Landtag nahm nach achtstündiger Pause am Montag seine Sitzungen wieder auf. Zur Beratung standen zwei Anträge der Kommunisten über den Hungerstreik der politischen Gefangenen und die Unterstützung ihrer Angehörigen, außerdem zwei gemeinschaftliche Anträge der unabhängigen und der kommunistischen Fraktion, die den Erlass einer allgemeinen Amnestie für politische Gefangene und die Auslieferung des Ehepaars Fort an die spanische Regierung zum Gegenstand haben.

Abg. Schumann-Halle (Komm.): Namenloses Elend hat die Verfolgung der Teilnehmer am Märzputsch für ihre Familien und Angehörigen gebracht. Infolge der unmenschlichen Behandlung sind viele Gefangenen inzwischen zugrundegegangen. Viele Familienväter sind durch die Folgen einer gewissenlosen, brutalen Behandlung ihren Familien genommen worden, obwohl sie größtenteils unschuldig waren. Das Los der Gefangenen wird dadurch noch erschwert, daß ihnen weder Zeitungen noch Zeitschriften, obwohl sie in Hülle und Fülle den Gefängnissen zur Verfügung gestellt wurden, gegeben werden. Ständige Zustände herrschen im Polizeigefängnis Halle. Wiederholt sind zu uns, und zwar von den Polizeibeamten selbst, Beschwerden gedrungen, daß die Beamten Ungeziefer mit nach Haus schleppen. Um wieviel schmerzlicher muß es mit den Gefangenen bestellt sein! Wenn eine Amnestie erlassen wird für politische Gefangene, so darf es keine Amnestie mit Hintertüren sein, die nur für rechtsstehende Verbrecher Anwendung findet.

Abg. Rabold (U.S.P.):

Meine Fraktion hat den Antrag, die ausgelieferten Spanier wieder zurückzuführen, deshalb unterstützt, weil damals noch nicht feststand, daß sich die Spanier bereits in den Händen ihrer Henker befinden. Leider wurde damals eine sofortige Beratung des Antrags abgelehnt. Mit diesem Verhalten hat sich die Mehrheit des Hauses kein politisches Ansehen verschafft. Auch die Regierung hat von Anfang an in dieser Angelegenheit kein reines Gewissen gehabt. Sie ist einer diesbezüglichen Anfrage ausgewichen, und zwei Tage später war die Auslieferung zur Tatsache geworden. Der Mord an dem spanischen Ministerpräsidenten Dato war zweifellos ein politisches Verbrechen. Die spanische Regierung hat durch die ungeschicklichen Verfolgungsmaßnahmen gegen die Spindilfäden, die in den Kerker gemariet oder ermordet werden, das Attentat auf den Ministerpräsidenten, der die verbrecherischen Maßnahmen aufhört, geradezu herausgefordert. Die sozialistische Arbeiterpartei ist grundsätzlich Gegner aller individuellen Terrorakte, aber es müssen bei der Beurteilung des Attentats auf Dato die besonderen Verhältnisse in Spanien berücksichtigt werden, und schließlich hat auch einmal die Tyrannemacht eine Grenze, wenn alle anderen Mittel versagen. Der Auslieferungsvertrag mit Spanien stellt ausdrücklich fest, daß politische Verbrecher nicht ausgeliefert werden dürfen. Die Regierung hat also den klaren Bestimmungen dieses Vertrags zuwider gehandelt. Die Heiligkeit des Abrechens für politische Verurteilte wird von jedem demokratischen Staat anerkannt. Die deutsche Regierung hat dieses Recht mit Füßen getreten und dadurch das Ansehen der Republik befleckt. Die Proleten, die vor der Auslieferung von allen Arbeiterorganisationen und auch von den Gewerkschaften erhoben worden sind, hat die Regierung unbeachtet gelassen, wie sie sich überhaupt um die Stimmungen und die politischen Auffassungen in den Arbeiterkreisen sehr wenig kümmert. Und doch haben gerade die Arbeiter und zwar sie in erster Linie, das Recht, mit ihren Forderungen Gehör zu finden, denn sie sind die Schöpfer und Träger dieser Republik, die ohne den Willen der Arbeiter nicht existieren kann. Die Schnelligkeit der Regierung bei der Verhaftung und Auslieferung des spanischen Ehepaars muß uns so eigentümlicher wirken, als in Deutschland rechtsstehende Mörder grundsätzlich unbehelligt bleiben. Weder Polizei noch Staatsanwaltschaft unternehmen etwas zur Sühnung der begangenen Verbrechen, wenn die Täter monarchistischen Kreisen angehören. Wir wollen sehr vor allem wissen, ob die preussische Regierung mitverantwortlich ist für die Auslieferung. Die preussische Regierung will an der Auslieferung nicht direkt beteiligt sein; aber es wird doch behauptet, daß das preussische Justizministerium infolgedessen beteiligt ist, als sie ein Gutachten zur Auslieferung abgab. Welchen Wert hat dieses Gutachten? Heute werden in Deutschland die Tyrannen geschickt und die Kämpfer für die Freiheit in den Kerker geworfen oder fremden Kerkerweilern ausgeliefert. Wir fordern, daß in der Republik die Tyrannen verfolgt, und alle die die für die Freiheit kämpfen, geschützt werden. (Bravo b. d. U. S.)

Geheimrat Humann vom Justizministerium: Die in Frage kommenden Gefangenen haben alle erklärt, daß sie sich über die Behandlung nicht zu beschweren haben. Für die öffentliche Unterhaltung der Angehörigen der Gefangenen zu sorgen, ist nicht Sache der Staatsregierung, sondern Sache der Gemeinden. Auch die Erwerbslosenfürsorge kommt in Betracht. Das Begnadigungsrecht für die durch Sondergerichte des Reiches Verurteilten steht dem Reichspräsidenten zu. Mit Rücksicht auf die angeordnete Nachprüfung der Urteile, die mit den bekannten Straftaten aus dem Frühjahr 1920 in Verbindung stehen, nimmt das Staatsministerium davon Abstand, sich für den Erlass eines allgemeinen Amnestiegesetzes für politische Gefangene bei der Reichsregierung einzusetzen. Verschiedene von dem Abg. Schumann vorgebrachte Fälle über Gefangenenbehandlung stehen mit den Tatsachen in Widerspruch.

Zwischen ist ein Antrag Diebstahl und Genossen eingelaufen, der den beteiligten preussischen Polizeibeamten die Annahme der von der spanischen Regierung ausgelegten Belohnung verbietet.

Minister des Innern Severing: Das preussische Staatsministerium hat in der Dato-Sache keine Beschluß gefaßt. Das Staatsministerium war der Ansicht, daß der mit Spanien geschlossene Auslieferungsvertrag nur das Reich berechtigt und verpflichtet. Nachdem die Reichsregierung die Auslieferungspflicht bejaht hatte, bestand für die preussische Regierung kein Anlaß zu widersprechen. Mit dem Reich wollten wir für die Innehaltung von internationalen Abkommen sorgen und eine glückliche Außenpolitik des Reiches erleichtern.

Abg. Limberg (Soz.): Meine Fraktion beschränkt sich auf die Abgabe folgender Erklärung: Die sozialdemokratische Fraktion des preussischen Landtages bedauert die Auslieferung der spanischen Staatsangehörigen Fort und Conserpi. Sie vertritt die Auffassung, daß die Wahrung des Völkerrechts für politische Flüchtlinge eine Ehrensache der deutschen Republik ist. Sie kann sich die juristischen Deduktionen nicht zu eigen machen, mit denen versucht wurde, die Auslieferung als Pflicht Deutschlands hinzustellen. Der durch die Auslieferung geschaffene Zustand der Rechtsunsicherheit erscheint der Fraktion unerträglich; sie schließt sich deshalb dringend dem Wunsch nach baldiger freier Regelung der Frage des Asylrechtes an und ersucht ihre Parteigenossen in den Regierungen, hier im Sinne der bisherigen sozialdemokratischen Auffassung zu wirken. Die Fraktion dankt dem Innenminister für die Vertretung ihrer Anschauung in dieser Auslieferungsfrage, erkennt aber an, daß das Reich mit der Inanspruchnahme der Angelegenheit auf Grund des Reichsvertrages im Recht war. (Lärm b. d. Kom. — Zuruf: Wut! Wut!) Ueber die Frage der Amnestie brauchen wir uns hier nicht zu unterhalten, wenn wir in Deutschland eine einheitliche geschlossene sozialdemokratische Partei hätten, die auf dem Boden sozialdemokratischer Grundsätze stünde.

Abg. von Bindeker-Wildau (Dnat.): Die Art der Begründung der vorliegenden Anträge bedeutet wieder einmal einen Sturm auf die deutsche Rechtspflege. (Zuruf links: Gegen die deutsche Schandjustiz!) Wir sind nicht bereit, einem Ausnahmegericht für die politischen Gefangenen und ihren Angehörigen zuzustimmen. Wir lehnen die vorliegenden Anträge ab.

Abg. Dr. Schmitt (Ztr.): Eine ausnahmslose Amnestie für politische Verbrecher kann es nicht geben.

Abg. Heidenreich (Dt. Sp.): Während des Aufsturus wurden von den Aufstürzern zahlreiche gemeine Verbrechen begangen. Deshalb lehnen wir eine allgemeine Amnestie ab. Für beschleunigte Durchführung einer Nachprüfung der Sondergerichts-urteile treten wir ein.

Abg. Höpfer-Abhoff (Dem.): Die Amnestie darf in einem Rechtsstaat zu keiner Dauereinrichtung werden. Die Auslieferung der Mörder Dato's geschah zu Recht. Die Anträge lehnen wir ab.

Abg. Schuetter (Komm.): Warum schließen die Sozialdemokraten Herrn Rabold nicht aus der Partei aus, wenn sie keine Anträge nicht billigen? Die Sozialdemokraten müssen unter allen Umständen auf der Amnestie bestehen oder aus der Regierung austreten.

Darauf wird die Besprechung abgebrochen. Das Haus vertagt sich auf Dienstag 12 Uhr: Weiterberatung. Kleine Vorlagen, Kultusetat (Volkschulwesen). Schluß nach 1/2 7 Uhr.

## Der Beamtenstaat

Wieviel Beamte und Arbeiter beschäftigt das Reich?

In den Reichstagsdebatten der letzten Monate ist der Reichsregierung unzählige Male der Vorwurf gemacht worden, sie beschäftige viel zuviel Beamte. Schließlich wurde dem Reichsfinanzminister das Zugeständnis abgezwungen, einmal die positiven Zahlen darüber mitzuteilen. Diesem Versprechen ist der Reichsfinanzminister Hermes nunmehr nachgekommen. Er hat dem Reichstag eine Uebersicht über die Zahl der im Haushaltsentwurf für 1922 enthaltenen planmäßigen und außerplanmäßigen Beamten, sowie der nichtbeamteten Hilfskräfte zugehen lassen. Fürwahr, es ist ein stattliches Heer, das sich täglich abzumähen hat, den durch die deutschnationale Regierungslust, die den Krieg herausbeschwor, in den Dreck geratenen Karren wieder flott zu machen. Nach den Zahlen Dr. Hermes sind im Staatsdienst beschäftigt:

	plangemäßige Beamte	außerplangemäßige	nichtbeamtete Hilfskr.	Zusammen	Weibenzahl in Prozent
Bereitschaft des Reichspräsidenten	18	—	18	36	1 312 400
Reichstag	304	13	230	547	9 921 800
Reichsamtverwaltungen	46	—	18	64	3 617 840
Reichsministerien	1 140	402	1 432	3 074	849 280 300
Reichsministerien des Innern	2 820	1 494	2 049	6 363	135 034 725
Reichsministerien des Ausw.	817	230	3 254	4 301	128 475 374
Reichsministerien des Justiz	15	—	47	62	2 460 940
Reichsministerien des Kult.	10 425	2 265	28 801	41 491	1 296 636 490
Reichsministerien des Verkehrs	4 575	230	8 085	13 890	373 962 302
Reichsministerien des Handels	1 137	209	312	1 658	69 896 177
Reichsministerien des Finanz	1 442	18	382	2 092	66 110 545
Reichsministerien des Kriegsw.	166	53	205	424	38 590 918
Reichsministerien des Gesundheitsw.	294	9	242	545	16 747 374
Reichsministerien des Arbeitsw.	62 234	4 377	21 473	88 084	16 832 865
Reichsministerien des Wohnungsw.	1 545	324	8 466	10 335	247 289 973
Zusammen	88 794	10 091	72 353	171 148	6 082 153 234

Dazu kommen die Beamten und Hilfskräfte der Betriebsverwaltungen und zwar:

Reichspost	282 844	60 905	66 408	380 157	9 711 896 372
Reichsfernpost	401 531	153 485	5 119	560 135	28 324 101 000
Reichsbahnwesen	223	—	9 205	9 428	298 084 360
Zusammen	684 598	114 390	80 732	879 720	38 334 081 732

Allgemeine Reichsverwaltungen und Reichsbetriebsverwaltungen zusammen:

Allgemeine Verwaltung	88 794	10 091	72 353	171 148	38 315 081 732
Betriebsverwaltungen	684 598	114 390	80 732	879 720	6 082 153 234
Zusammen	773 392	124 481	153 085	1 051 955	44 397 234 966

Das sind nur die vom Reich beschäftigten Beamten, Angestellten und Arbeiter. Dazu kommen die von den Ländern und Gemeinden angestellten. Das ist ebenfalls eine große Zahl. Schule, Gerichtswesen, Polizeiwesen und vieles andere unterstehen der Hoheit der Länder, Lehrer, Richter, Gerichts- und Polizeibeamte einschließend der Schutzpolizei sind Beamte der Länder und daher selbstverständlich in vorstehenden Zahlen nicht mit einbezogen. Mit diesem vorhandenen riesigen Apparat an Beamten müßte ganz etwas anderes geleistet werden, als tatsächlich geleistet wird. Aber in dem riesigen Beamtenkörper befinden sich unendlich viele Personen, die ihr Amt dazu benutzen, den Regierungsapparat in Unordnung zu bringen, damit dem verhassten republikanischen Regime möglichst große Schwierigkeiten bereitet werden.

## Die oberschlesische Entscheidung am 20. März

Der Vorsitzende des deutsch-polnischen Schiedsgerichts, der Schweizer Calonder, hat sich auf einige Tage von Genf, wo bekanntlich die letzten Verhandlungen zwischen der deutschen und polnischen Delegation stattfanden, nach Kontrex begeben. Nach seiner Rückkehr werden ihm die Streitpunkte zwischen den beiden Parteien, etwa 14 an der Zahl, am 11. März zur Entscheidung vorgelegt werden. Am 20. März wird Calonder dann in öffentlicher Sitzung in Genf die Entscheidung über diese Streitpunkte fällen. Danach wird die deutsche Delegation, mit Minister a. D. Schiffer an der Spitze, wahrscheinlich nach Berlin zurückkehren. Sinegen wird das Redaktionskomitee nach mehrere Wochen in Genf an der endgültigen Fassung der über Oberschlesien gefällten Entscheidung zu tun haben. Zur endgültigen Unterzeichnung des deutsch-polnischen Vertrages über Oberschlesien wird sich Minister Schiffer dann wahrscheinlich wieder nach Genf begeben.

## 30 Millionen Hungernde in Rußland

D. E. (Hankpruch) Moskau, 6. März.

Die Zahl der Hungernden hat sich nach amtlichen Feststellungen auf insgesamt 30 Millionen erhöht. Auch Turkestan ist als Hungergebiet erklärt worden. Der starke Mangel an Transportmitteln erschwert die Lebensmittelzufuhr. In Odeskia herrscht schwerer Hunger. Kinder sterben in Massen. In Cherson kommt man mit der Beerdigung der Hungeropfer nicht zurecht. Der Melitopoler Kreis, die einstige Kornkammer des Südens, stellt eine Wüste dar. An vielen Orten ist der Hungertypus ausgebrochen.

Eine Abordnung der Amerikanischen Hilfsadministration (A. H. A.) ist in Sewastopol eingetroffen, um die Südhafen (Sewastopol, Odessa u. a.) zu besichtigen und ihre Aufnahmefähigkeit für die Lebensmittelzufuhr zu prüfen.

## Gewerkschaften und Zwangsanleihe

Reichsfinanzminister Dr. Hermes hat zu Donnerstag nachmittag die Gewerkschaftsvertreter zu einer vertraulichen Besprechung über die Zwangsanleihe eingeladen. Er hat für diese Besprechung, wie die „Dena“ erfährt, den Gewerkschaftsvertretern einen Fragebogen überhandt, dessen wichtigste Fragen folgendermaßen lauten:

1. Welcher Vermögenssah soll den Maßstab für die Höhe der Beteiligung an der Zwangsanleihe bilden?
2. Soll der Vermögenssah nach dem 31. Dezember 1922 als Maßstab genommen werden?
3. Wie sollen die Sätze gestaltet werden?
4. Welche Freigrenzen werden vorgeschlagen a) allgemein? b) für das reine Kapitalvermögen eine höhere Freigrenze evtl. in Verbindung mit der Höhe des Einkommens?
5. Wann und wie sollen die Einzahlungen erfolgen?
6. Wird der Vermögenssah vom 31. Dezember 1922 zugrunde gelegt, so kann die endgültige Freigrenzung nicht vor Sommer 1923 erfolgen, denn früher kann auf die Veranlagung der Vermögenssteuer nicht gerechnet werden. In diesem Falle wären Vorauszahlungen erforderlich.

Wie können solche Vorauszahlungen entrichtet werden

- a) durch Gewährung eines Diskonts für die frühere Einzahlung? Welche Höhe könnte dieser Diskont haben?
- b) durch Zuschläge, soweit Vorauszahlungen bis zu einem bestimmten Tage des Jahres 1922 noch nicht erfolgt sind?
7. Würde, wenn die Anleihe nach dem Stande vom 31. Dezember 1922 bemessen wird, Vorauszahlung auf Grund von Selbsteinschätzung, die jeder im Laufe des Jahres 1922 vorzunehmen hätte, erfolgen können?
8. Könnte die Notopferveranlagung neben der Selbsteinschätzung als Bemessung für die Grundlage der Höhe der Vorauszahlungen benutzt werden?
9. Sollen die zu viel gezahlten Notopferbeiträge auf die Zwangsanleihe angerechnet werden?
10. Die Anleihe soll drei Jahre zinsfrei sein. Welcher Zinsfuß soll vom dritten Jahre ab gewährt werden?
11. Wie hoch soll der Ausgabebetrag sein?
12. Welcher Prozentsatz soll für die jährliche Amortisation ausgelegt werden? Auf welche Weise soll die Amortisation erfolgen?
13. Mit welchem Prozentsatz des Börsenkurses soll die Anleihe begeben werden?

Wie die „Dena“ ergänzend hierzu hört, besteht in Gewerkschaftskreisen nicht durchweg Reizung, an der oben erwähnten Besprechung über die Zwangsanleihe sich zu beteiligen. Mehrere führende Gewerkschaftler sollen bereits die Absicht bekundet haben, der Sitzung mit dem Reichsfinanzminister Hermes fernzubleiben. In Gewerkschaftskreisen motiviert man diese Stellungnahme damit, es berühre eigenartig, daß Dr. Hermes die Gewerkschaften zwar zur prinzipiellen Seite der Frage der Zwangsanleihe nicht befragt und gehört habe, nun aber zur technischen Durchführung derselben ihre Ansicht und Mitwirkung erbitte. Der Minister wolle wohl auf diese Weise noch nachträglich die Gewerkschaften auf das Prinzip der Zwangsanleihe festlegen. Denn wenn diese sich erst einmal in bestimmter Weise an der Beratung der technischen Durchführung der Anleihe beteiligt hätten, könnte ihnen dies als grundsätzliche Zustimmung zu der Maßnahme selbst leicht ausgelegt werden, weswegen man besser tue, der Besprechung fernzubleiben.

Auch uns scheint das Vorgehen von Hermes den Zweck zu verfolgen, die Gewerkschaften für seine Pläne einzufangen und sie mit der Verantwortung für die Ausführung der Zwangsanleihe zu belasten. Unsere eigene Stellungnahme haben wir wiederholt gekennzeichnet. Die Zwangsanleihe ist finanziell unzureichend, beseitigt deshalb das Defizit nicht und kann das Fortschreiten der Geldentwertung nicht hindern. Die Art der Erhebung, die das Finanzministerium vorschlägt, wird außerdem noch dafür sorgen, daß der Betrag im Laufe des Jahres 1922 gar nicht hereinkommt. Wenn für frühere Einzahlung ein Diskont, also ein Abzug, gewährt wird, so bedeutet das, daß die während dreier Jahre unverzinsliche Anleihe eben doch gleich im ersten Jahre eine Zinsvergütung erhält. Viel nützen wird aber diese nicht. Denn das Fortschreiten der Geldentwertung wird alle Pflichten daran interessieren, die schulden den Beträge möglichst spät, das heißt in noch weiter entwertetem Gelde, dem Staate zu zahlen. Aus demselben Grunde werden auch etwaige Strafschläge für falsche Selbsteinschätzung ohne besondere Wirkung bleiben. Die Durchführung der Zwangsanleihe wird also kaum gelingen, und deshalb werden die Gewerkschaften gut daran tun, für diese Durchführung keine wie immer geartete Verantwortung zu übernehmen.

## Erklärung

Der Bezirksverband Berlin-Brandenburg der U. S. P. D. nimmt Kenntnis von der Absicht der kommunistischen Arbeitsgemeinschaft, zur Unabhängigen Sozialdemokratischen Partei Deutschlands zurückzukehren. Wir betrachten diesen Schritt als ein Zeichen der Selbstbestimmung und leben darin den ersten und höchsten Willen, in der U. S. P. D. mit allen Kräften für die Verwirklichung der sozialistischen Ziele einzutreten.

Die Ausführung dieses Vorhabens der A. S. G., den Uebertritt zur U. S. P. D. zu vollziehen, erfordert Vertrauen auf beiden Seiten und das Hervortreten der großen politischen Gesichtspunkte. Hier von ausgehend sind wir bemüht, zu vergessen und den enttäuschten und neu erklärten Genossen die Rückkehr zur U. S. P. D. so leicht wie möglich zu machen.

Bezirksleitung und Zentralvorstand des Bezirksverbandes Berlin-Brandenburg der U. S. P. D.

## Explosion in einem Kraftwerk

Düsseldorf, 6. März.

Im rheinisch-westfälischen Elektrizitätswerk Reichsholz erfolgte heute nachmittag 3 Uhr durch Kurzschluss eine Explosion, durch die ein 300 Liter fassender Debehälter in Brand geriet. Die starke Rauchentwicklung erschwerte den heranziehenden Wehren von Düsseldorf und Reichsholz die Bergungsarbeiten und die Bekämpfung des Feuers. Durch die Explosion ist die Verorgung der umliegenden Ortschaften mit Licht- und Kraftstrom für kurze Zeit unterbrochen worden.

Keine Abschaffung der Todesstrafe in England. Im Unterhause brachte dieser Tage der Abg. Major Lowther den Antrag ein, ein Gesetz bez. die Abschaffung der Todesstrafe in Großbritannien dem Hause demächst vorzulegen.

# HERMANN

Leipziger Strasse Alexanderplatz Frankfurter Allee

## Strumpfwaren

Damen-Strümpfe  
Baumwolle, gewebt, schwarz..... 21<sup>50</sup>  
Damen-Strümpfe  
Baumwolle, gewebt, feine Qual., schwarz 27<sup>00</sup>  
Damen-Strümpfe  
Moko, gewebt, schwarz und leder.... 38<sup>50</sup>  
Herren-Socken  
Baumwolle, gewebt, farbig..... 18<sup>50</sup>  
Herren-Socken  
Baumwolle, gewebt, schwarz, mit Zwilckel 21<sup>50</sup>  
Herren-Schweißsocken  
graumeliert, Fuss ohne Naht..... 26<sup>50</sup>

## Trikotagen

Damen-Hemdchen Bwl.,  
gestrickt, 1/2 u. 1/4, Arm, la Qualität, weiss 49<sup>00</sup>  
Damen-Hemdchsen  
Baumwolle, gestrickt, weiss, ohne Arm 65<sup>00</sup>  
Damen-Schlupfhöschen  
Baumwolle, gewebt, farbig..... 65<sup>00</sup>  
Herren-Hemden  
Baumwolle, weiss mit farbigen Einsätzen 85<sup>00</sup>  
Herren-Garnit. 225<sup>00</sup> 250<sup>00</sup>  
Bwl., Jacke u. Beinkl., farbig  
Damen-Sportjacken 490<sup>00</sup>  
reine Wolle, farbig.....

## Schirme

Schirme für Damen u. Herren  
halbbare Qualität, mit Futural..... 98<sup>00</sup>  
Damen-Schirme in mo-  
derner Ausführung..... 145<sup>00</sup>  
Schirme für Damen u. Herren  
Halbseide, mit Futural..... 165<sup>00</sup>  
Herren-Hüte  
Haarfilz, moderne breite Form... 190<sup>00</sup>  
Gummischuhe für Damen u. Kinder,  
Harburger Fabrikel, in allen Grössen am Lager

## Gardinen

Halbstores  
Etamin, mit Voiant..... 110<sup>00</sup> 175<sup>00</sup>  
Tüll-Garnitur  
3 teilig..... 165<sup>00</sup> 250<sup>00</sup>  
Madras-Garnitur  
moderne Farbenstellungen... 250<sup>00</sup> 350<sup>00</sup>  
Bettedecken  
2 teilig, Etamin und Leib 375<sup>00</sup> 550<sup>00</sup>

## Theater u. Vergnügungen

**Volkstheater**  
7 1/2 Uhr: Maffe Menich  
Neues Volkstheater  
7 1/2 Uhr: Heuchler  
**Staatstheater**  
8 1/2 Uhr: Rosenkavalier  
7 1/2 Uhr: Lumpen Vagabunden  
**Deutsches Theater**  
8 Uhr: Die Wölfe  
Kammerpiele  
8 Uhr: Anatol  
Großes Schauspielhaus  
7 1/2 Uhr: Orpheus i. d. Unterwelt  
Theater d. d. Königgräber Str.:  
Täglich 7.30 Uhr:  
Die wunderlichen  
Geschichten  
des Kapellm. Kretzler  
**Komödienhaus:**  
Täglich 7.30 Uhr:  
**Karusell**  
mit  
Maria Orska  
Joh. Niemann  
Walp. Art. Roberts  
**Berliner Theater:**  
Täglich 7.30 Uhr:  
Einer von uns  
Carl Ciesing, Oscar Sabo  
Leonhard Haskel  
Mollitta Kiefer  
**Romische Oper**  
7 1/2, allabendlich 7 1/2,  
Die große Aufführung:  
Operetten Revue  
Der Herr der Welt

**Theater**  
am Rollendorfsplatz  
7 1/2 Uhr:  
Die Ehe im Kreise  
**ROTTER-BÜHNEN**  
Täglich 8 Uhr:  
Trionon - Theater  
Eige  
Täglich 7 1/2, 8 Uhr:  
Kleines Theater  
Haben Sie nichts  
zu vergessen?  
Residenz-Theater  
Eine Frau ohne Bedeutung  
**Theater des Ostens**  
(Rose-Theater)  
7 1/2, 8 Uhr: Wer tot erklärt  
Vorher:  
Wegweiser zum Eheglück  
**Walbala - Theater**  
7 1/2, 8 Uhr:  
Der liebe Augustin  
**Theater a. Kottbuscher Tor**  
Tel.: 16077  
Täglich 7 1/2, 8 u.  
8 1/2 Uhr:  
Elite-Sänger  
Hilfchen-Konz.  
Vol. 11-1/2, u. 4-6  
**Apollotheater a. d.**  
Friedrichstraße 210  
**Naturalistisches Ballett**  
Der Venusberg  
Gastspiel von Paul Beubers  
**CIRCUS**  
**BUSCH**  
Tgl. 7 1/2, 8 u. 8 1/2 Uhr:  
Hauptattraktion:  
Störtöbaker  
Der Herrüber  
in 8 Kesseln  
Vorh. 16 neue Circus-  
Genialitäten.

**Casino - Theater**  
Die neue Berliner Seite  
Familie Gänselein  
Org. 3 1/2. Die letzte Stunde  
**Metropol**  
**Varieté**  
Nehrenstraße 14.  
7 1/2, 8 Uhr  
Gastspiel  
Arnold Koff  
Herbert Kiper  
Paul Rohkopf  
In der Scaletta - Kabinen  
"Das Selbstmordhotel"  
dazu 9 Schläger

**Zeisfeldstecher**  
6. und 8. (sch. Kauf) täglich  
M. Steckelmann,  
Berlin W9, Potsdamer  
Str. 135 (Eingang 9299)

**Musiker**  
für alle Gelegenheiten  
stellt die Orchesterleitung  
des Deutschen Musik-  
Verbandes, Ralf-Wil-  
helm-Str. 31, Koch. 198.

**Zur**  
**Jugendweih**  
in vornehmer Ausführung  
**Glückwunschkarten**  
Buchhandlung  
"Freiheit"  
Breite Straße 8-9  
und in den "Freiheit"-  
Epeditionen erhältlich

**Geschichte**  
der  
**USPD.**  
Von Eugen Prager  
In dauerhaftem  
Halbleinenband  
**50.- Mark**  
Neue Auflage  
soeben erschienen  
Buchhandlung "Freiheit"  
Berlin C2 Breite Straße 8-9

**Schuh-Putz**  
**Servus**  
Terpentinware  
No. 272  
  
Jede 100. Dose mit  
wertvollem Geschenk  
Überall zu haben  
Chem. Werke Lubzinski & Co. A.-G., Bin. Lichtenberg

Nach alte Weise für  
Schokoladen!  
Milch, Kakao, Bitter,  
Vanille, Mandl, Cacao,  
Trüffel, Mars, Nougat,  
Schokol., Kaffeebohnen,  
Liebesperlen, Pralinen,  
Schonwaren, Kakaos,  
Ölterier  
Knauf, Kollentaler Str. 10

**Bankazim**  
Kassier, Brief, Wechsel,  
Kauf, Kündig zu hoch.  
Verleihen gerührt  
Meta-Koerwertung  
Schind. 10/10, a. 10/10

**Möbel**  
Jeder hat bei  
kleiner Anzahlung  
und  
bequem. Abzahlung  
Möbelhaus  
Andreasstr. 28  
Nur 1 Treppe  
Oben. Diskretion!

**Münzen**  
Sammlungen  
a. d. Welt, Berlin.  
Wilhelmstr. 40/41

**Garderoben**  
für Herren u. Damen  
aus  
Teilzahlung  
**Grebler**  
Weinbergweg 4

**Billig**  
Rücker, Blusen,  
Kleider, Mäntel,  
Strickjacken,  
eleg. Balkkleider  
**STRELOW**  
Treskowstr. 21  
am Wörtherplatz.  
**Frauenwaare**  
ausger. Kauf zu hoch!  
Preisverhandlung  
Kaiser-Wilhelm-Str. 39



**Henko**  
Henkel's Wasch-  
Bleich-Soda  
Unentbehrlich für Wäsche und Hausputz  
Hersteller: Henkel & Co. Düsseldorf

Überall in Zigarrengeschäften erhältlich  
ist **echte Kapitän-Kautabak**,  
nur  
mit  
Zettelausgabe (Rollen, Schloffen, Stangen, Twist  
N. 4. Einzelverkauf) Verkaufsstellen durch  
Carl Röcker, Berlin, Lichtenberger Str. 22 (Kgl. 2861)

**Botenfrauen sofort gesucht!**  
**Austragelohn**  
pro Monat u.  
Abonnement **M. 4.20**

**Hauptexpedition**  
C. 2, Breite Straße 8-9  
**Expedition Wengels**  
D, Cadiner Straße 11  
Tour: Liebigstraße  
**Expedition Werner**  
Greifswalder Straße 29  
Tour: Höchste Straße  
Tour: Varnitzstraße  
Tour: Wilsstraße

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin  
**Todes-Anzeigen**  
Den Kollegen zur Nachricht, daß folgende  
Mitglieder gestorben sind.  
Der Gärtler  
**Richard Schröter**  
Oppelner Straße 27, am 3. d. Mts.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den  
7. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, von der Leichen-  
halle des Germania-Kirchhofes in Neubrück,  
Hermannstraße, aus statt.  
Der Maschinenarbeiter  
**Bruno Überschär**  
Varnitzstraße 31, am 3. d. Mts.  
Die Beerdigung findet am Dienstag, den  
7. März, nachmittags 4 1/2 Uhr, vom Krem-  
atorium Baumhainweg, Kirchhofstr., aus statt.  
Ohne ihrem Andenken!  
Rege Beerdigung erwünscht  
Die Ortsverwaltung.

**Deutscher Metallarbeiter-Verband**  
Verwaltungsstelle Berlin N 54, Minierstr. 83-85  
Telefonamt Nordend Nr. 833-836  
Am Mittwoch, den 8. März 1922, nach-  
mittags 6 Uhr, im Schulhof, Eichen,  
Neue Jakobstraße 24/25

**Bersammlung**  
der Baukempner  
Tagesordnung:  
1. Stand unserer Lohnbewegung.  
2. Verschlebens.  
Alle bei Jungensweihern und in den Vereinen  
der freien Vereinigung beschäftigten Kollegen müssen  
in dieser Bersammlung persönlich erscheinen.  
Donnerstag, den 9. März 1922, abends  
6 1/2 Uhr, im Colberger Salon, Colberger  
Straße 23

**Bersammlung**  
der Kernmacher und Kernmacherinnen  
Tagesordnung:  
1. Unsere Lohn- und Arbeitsbedingungen  
in den Eisenlegereien.  
2. Verbandsangelegenheiten.  
3. Verschlebens.  
Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt!  
Donnerstag, den 9. März 1922, abends  
7 Uhr, im Hause der Brauerei Königsstadt,  
Schönbauer Allee 10/11

**Bersammlung**  
aller Funktionäre aus den Ver-  
trieben, welche dem Verband  
Berliner Metall-Industrieller an-  
geschlossen sind und Mitglied einer  
zum Metallkartell gehörenden  
Organisation sind.  
Tagesordnung:  
Stellungnahme zum Schlichtungs-  
vorn 6. März 1922  
Zutritt haben nur die Kollegen und Kolleginnen,  
welche sich durch ihr Mitgliedsbuch und für mit  
dem Central-V. D. M. J. versehenen Funktionäre  
hätte ausweisen können.  
Die Ortsverwaltung.

**Verein der Berliner**  
**Buchdrucker und Schriftgießer**  
Donnerstag, den 9. März, nachm. 5 1/2 Uhr,  
im Kl. Saal der "Neuen Welt", Hafendamm 108/114  
**Ansserordentl. Generalversammlung**  
Tagesordnung:  
Stellungnahme zur bevorstehenden Tarifentscheidung  
In dieser Bersammlung haben außer den Ver-  
trieben und den übrigen Teilnehmern nach § 4 des  
Statuts die Vertrauensleute und Vertrauensrat  
Zutritt.  
Der Vorstand.

**Ladeneinrichtung**  
Repositorium, Tombank, Schankapparat  
mit vollständiger Einrichtung sofort  
billig zu verkaufen  
Kantine / Breite Straße 8-9

Jeder Parteigenosse! muß es sich zur Pflicht machen,  
einen Abonnenten zu gewinnen!

**Aus schneiden!**  
Singerhalb Groß-Berlino Wohnende bitte beim Postamt bestellen!  
Der Unterzeichneter bestellt hiermit vom  
1 Exemplar der **zweimal** täglich erscheinenden Zeitung  
"Freiheit"  
Berliner Organ der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands  
mit den  
Inhaltsangaben "Freie Welt", "Frauenwelt" u. "Jugend-Gesundheit"  
zum Preise von Mk. 25.- monatlich, Mk. 12.50 halbm. monatlich,  
bei freier Zustellung ins Haus

Name: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_  
Stimme: \_\_\_\_\_  
Ort: \_\_\_\_\_  
Diese Zeitschriften bitten wir in einer unserer Expeditionen abzugeben  
oder an die Hauptexpedition, Berlin C 2, Breite Str. 8-9, einzuliefern.

**Geld**  
für jede Wertföche. Höchste  
Ankaufspreise für Gold-  
schmuck, Brillanten, Gold-  
gegenstände, Teppiche,  
Wäcker u. m. Wolff,  
Friedrichstr. 41, III.  
Ecke Kochstr.

**Altmetaile**  
unverändert Preis  
jubil. Badstr. 34, Hof

**Altmetaile**  
zahl. hohe Preise. Ober-  
berger Str. 1, Reichens-  
dorfer Str. 107.

**Lauftdecken** 60, 100,  
120 Ztl.  
**Luftschläuche** 25, 30,  
35 Ztl.  
Verkauft nach einem. Eugen  
Schmidt, Berlin, Badstr. 13

**Gänsefedern**  
füllfertig, u.  
unfertig, aus  
eigener Hand.  
Paul Paedlow  
Wilhelmsstr. 15, Badstr.

**Ein unentbehrliches Buch!**  
**Die Erwerbslosenfürsorge**  
nach dem neuesten Stande  
Wiedergabe der Reichsverordnung über Erwerbslosenfürsorge und gemeinverständliche  
Darstellung der Erwerbslosen und Kurzarbeitern zustehenden Ansprüche unter  
Berücksichtigung ministerieller Erlasse u. Befehle sowie die letzten Beschlüsse des Reichstages  
Von **Rudolf Weck**  
Arbeitersekretär in Königsberg i. Pr.  
Preis 10.- Mark  
Für Gemeindebehörden, Betriebsräte, Obleute, Arbeit-  
sekretäre, Gewerkschaftsfunktionäre, überhaupt für jeden,  
der sich mit Arbeiterfragen befaßt, ist die Schrift unentbehrlich  
**Verlagsgenossenschaft "Freiheit" e. S. m. b. H.**  
Berlin C 2 Abt. Buchhandlung Breite Straße 8-9

**Kleide Dich billig, elegant!**  
im Leihhaus Moritzplatz 58a.

**Jackett-Anzüge, Cutaways, Schlüpfer,**  
teils auf Seide, jetzt für 400-600 M. Ferner Damen-Kostüme, -Mäntel, Wäsche, Teppiche, enorm  
billig! Pelzwaren: Kreuzföcher 300, Zobelföcher 400, Blau-, Silberföcher, Skunks, Wölfe,  
Luchs, Sportpelze 800, Gehpelze 1500, Pelzmäntel 2500, Keine Lombardwaren

### Der Inzeratensumpf

#### Typen von Schmutzinzerten

Halbamtlich wird die folgende Auslassung verbreitet: § 184 des deutschen Strafgesetzbuches bedroht bekanntlich mit Strafe das Anfündigen oder Anpreisen von unzüchtigen Schriften, Abbildungen oder Darstellungen, das Feilhalten, Ausstellen usw. von Gegenständen, die zu unzüchtigem Gebrauch bestimmt sind, das Erlaßen öffentlicher Anfündigungen, die dazu bestimmt sind, unzüchtigen Verkehr herbeizuführen. Zu den unzüchtigen Schriften gehören auch Anzeigen. So dürfen z. B. alle Mittel zur Verhütung der Empfängnis, wie Präservative, Pessar, Injektionen usw. nicht in einer öffentlichen Zeitungsanzeige aufgeführt sein. Unerheblich ist es, wenn sie Eheleuten angeboten werden; es genügt, daß sie auch bei auherhehlichem Verkehr verwendet werden können. Wie sie in den Anzeigen genannt werden, ob der Zweck klar oder verschleierte ausgedrückt ist, bleibt gleichgültig. Auch das Anpreisen von hygienischen Bedarfsartikeln, von Mitteln gegen Regelstörungen und dergl. gehört hierher. Die Polizeibehörden sind angewiesen, die Zeitungen auf diese Anzeigen durchzusehen und jeden einzelnen Fall strafrechtlich abhängig zu machen.

Viel klarer als das deutsche Strafgesetzbuch drücken sich in dieser Beziehung übrigens die meisten Bestimmungen der andern Staaten aus. Als vorbildlich darf man hierin vielleicht den § 318 des Strafgesetzbuches des Staates New York (vom 26. Juli 1881) bezeichnen, der folgendermaßen lautet: „Unabhängig von Gegenständen usw. Der ein Werkzeuge oder einen Gegenstand oder eine Arzneiware oder eine Medizin zur Verhinderung der Empfängnis oder zur Verursachung einer ungesunden Fehlgaburt verkauft, ausleiht, weggibt oder irgendwie ausstellt oder zum Verkauf, Ausleihen oder Weggeben anbietet oder wer eine Karte, ein Zirkular, ein Schriftstück, eine Anzeige oder Bekanntmachung irgendeiner Art niederschreibt oder druckt oder deren Niederschrift oder Druck veranlaßt oder mündlich darüber Auskunft erteilt, wann, wo, wie, von wem oder mit welchen Mitteln ein solcher Gegenstand oder eine solche Medizin angekauft oder erlangt werden kann, oder wer einen solchen Gegenstand oder eine solche Medizin anfertigt, ist eines Vergehens schuldig.“

Neben dieser Anpreisung von Gegenständen zu unzüchtigem Gebrauch treten hauptsächlich die Anzeigen zum Anbahnen unzüchtigen Verkehrs auf. Sie sind in ihrer Folgenwirkung vielleicht noch wesentlich volkschädlicher und vergiftender. Und zwar erstrecken sie sich über ein viel weiteres Feld der Zeitung. Sie sind verschleierte und schwerer erkennbar. Schon aus dem Heiratsanzeigen stehen sie die verzerrte Frage heraus. Hochleute, besonders Kriminalisten, die ihr Verus auf dieses Gebiet geführt hat, behaupten, daß jede Heiratsanzeige, in der ein körperlicher Vorzug betont ist, — „auffallend schöne Erscheinung“, „nettes, kleines Mädel“, „vollbusig“, „schlank“ usw., — zu unzüchtigem Zweck aufgegeben ist. Ausgesprochen als die Heiratsanzeigen geben die Parlelungssuche ihren unanständigen Zweck an. Da heißt es z. B.: „Wer gibt junger Witwe Darlehn?“, „Kavalier bittet von Dame Darlehn“, „Junge Dame sucht Darlehn von Selbstgeber“ oder „von wohlhabendem Herrn“ usw. Es kann gar kein Zweifel sein, daß es sich hier um eine Anbahnung unzüchtigen Verkehrs handelt. Auch eine Anzeige folgenden Inhalts: „Junger Mann, kräftig, sucht angenehme Abendbeschäftigung“ und die verwandten Arten, deren Zweck jedem verständlich ist, muß unter allen Umständen der Zensur verfallen. Eine andere Kategorie von Anzeigen zur Anbahnung unzüchtigen Verkehrs sind die Angebote körperlicher Behandlung. So ist es notorisch, daß fast alle Anzeigen von Massage-Instituten unläuterer Zwecke dienen sollen. Eine Nachfrage bei der Polizeibehörde wird fast immer ergeben, daß die Aufgeber dieser Anzeigen gerichtsbekannt oder vorbestrafte Individuen sind, jedenfalls werden sie durch die Polizeibehörde kontrolliert, die also hier stets gut unterrichtet sind. Ueberhaupt darf man sagen, daß jede Häufung von Anzeigen der vorbeschriebenen Art verdächtig ist. So nennen sich die Massage-Institute mitunter wie auf ein gegebenes Signal hin um, entweder in Maniküre-Institute, in Schönheitsinstitute oder auch in Hand- oder Kartendeckel, in Graphologen oder Graphologinnen. Auch in diesen Fällen werden von den Polizeistellen jedesmal Ermittlungen angestellt. Also Vorsicht gegenüber allen Massagen, Maniküren und Graphologen! Die Schlingen, die hier der Unersahnenheit gelegt sind, sind gleichmäßig gemein und gefährlich wie der Vorhang, der damit der Geheiß und Genußsucht geleistet wird. Erscheinen diese Anzeigen doch auch oft unter der unverfänglichen Devise „Französischer Unterricht“, eine Bezeichnung, die sehr lange Zeit beliebt war, bis die Polizei einen entschiedenen Säuberungszug unternahm.

Eng berühren sich hiermit die Anzeigen, die von „diskreten Angelegenheiten“ reden. Oft zeichnen diese Anzeigen ihren wahren Charakter bereits durch ostentatives Hervorheben eines Namens wie „Claire“, „Dorise“, „Sappho“, „Eros“, „Ulrik“ usw. aus. Anständige Menschen sind es auf keinen Fall, die hier

zu diskreter Behandlung einladen oder zu diskreten Rat rufen sind. Auch die „Liebesrolle und vertrauensvolle Auskunft“ zählt hierher.

Noch eine letzte Art schmutzigen Anzeigenwuchses sei angeführt: Die Anpreisung von Kaffiphotos, von Aktstudien und abgezogenen Postkarten, die sich gewöhnlich schon durch die Beschriftungen „pilant“, „interessant“, „diskret“ verächtlich genug machen. So hat z. B. die folgende Anzeige unermesslichen Schaden angerichtet: „Pariser Bilder und Bücher. Proben gegen 2 Mark in Briefmarken“. Diese Anzeige ist im vorigen Jahre durch unendlich viel Zeitungen und Zeitschriften gegangen, Millionen der gemeinsten Photos wurden dadurch im Volk, hauptsächlich wohl in der Jugend, verbreitet, und die Folgen sehen wir in der wachsenden sittlichen Verwahrlosung.

Wir geben die vorstehenden, von M. T. B. verbreiteten Ausführungen wieder, weil sie ein Musterbeispiel für die neue deutsche Muckerei sind, die sich von der altheidischen so wenig unterscheidet wie eine Dummheit von der anderen. Selbstverständlich sind auch wir bedingungslos gegen die Anpreisung und Verbreitung von Schund und Schmutz, in welcher Form auch immer er auftritt. Mit aller Entschiedenheit müssen wir uns aber dagegen aussprechen, daß die nur allzu oft aus sozialen und hygienischen Gründen unabweisbar gebotene Regulierung der Geburtenzahl oder völlige Verhinderung der Empfängnis in eine Linie mit den bekämpfenswerten Ausschweifungen gerückt werden, die unter dem Begriff „Unzucht“ fallen. Der zur sittlichen Norm erhobene Gebärzwang ist unter allen Umständen viel unzüchtiger als die bewußte, zweckmäßig ausgeübte Vorbeugung.

Im übrigen wäre es nur zu begrüßen, wenn gewissen Erscheinungen der Unzucht-Industrie der Garau gemacht werden würde. Die Anzeigen, durch die sie für sich wirbt, finden sich, nebenbei bemerkt, ausschließlich in bürgerlichen Organen, denn die sozialistischen Zeitungen haben es von jeher abgelehnt, solche Inzerate aufzunehmen. Ob es freilich gelingen wird, den bürgerlichen Inzeratensumpf trocken zu legen, ist eine andere Frage. Auf jeden Fall müssen aber die zu diesem Zweck unternommenen Schritte derart beschaffen sein, daß sie nur die wirkliche Unzucht treffen. Nach Lage der Dinge erwarten wir von ihnen allerdings nichts Entscheidendes. Will man wirklich Ernst machen, so bietet nur ein nach kulturpolitischen Gesichtspunkten orientiertes Inzeratenmonopol lohnende Aussichten.

### Die Schulreaktion am Wert

#### Eine unerhörte Herausforderung

Vom Elternbeirat der 218. Gemeindegemeinschaft (Petersburger Platz 4) wird uns geschrieben:

Am 2. März fand eine vom Stadtschulrat Raab einberufene Elternbeiratsitzung statt, in der zu unserer Verwunderung über die Auflösung der 218. Gemeindegemeinschaft verhandelt wurde. Nur die beiden Vorsitzenden des Elternbeirats waren zu der Sitzung geladen. In der Sitzung wurde durch Herrn Stadtschulrat Raab mitgeteilt, daß die Schule aufgelöst wird.

Wir erheben gegen diese beschlossene Maßnahme scharfsten Protest. Wir sind grundsätzlich gegen jede Auflösung von Volksschulen. Für die Elternschaft gibt es keine Gründe, die eine Auflösung rechtfertigen können. Etwas Sparmaßregeln sind nicht am Platze, wenn es sich um das Wohl unserer Kinder handelt.

Die 218. Gemeindegemeinschaft befindet sich in einem der vollstreichsten Teile Berlins. Ist auch durch die Folgen des Krieges die Klassenbesetzung etwas gesunken, so ist doch zu erwarten, daß diese in kürzester Zeit wieder steigt. Dann würden die benötigten Räume wieder fehlen und die Wiederbeschaffung von solchen erhebliche Kosten verursachen. Der Elternbeirat lehnt dies als unwirtschaftlich auf das entschiedenste ab. Wie verlautet, soll die 218. Gemeindegemeinschaft einer Gewerkschule weichen. Wenn wir auch der Meinung sind, daß für alle Schularten geeignete Räume zur Verfügung stehen müssen, so kann es doch nicht angehen, daß eine Schulart der anderen wegen verdrängt, insbesondere nicht die Grundlage der von uns angestrebten Einheitschule, die wir in der Volksschule sehen. Dazu kommt, daß der Elternbeirat hier einfach vor eine vollendete Tatsache gestellt wird.

Wir fordern unter verfassungsmäßigem Recht, gehört zu werden, und weisen jeden Versuch, uns auszuschalten, als unerhörte Herausforderung zurück.

Wir fordern von der Schuldeputation, daß sie unseren Wünschen Rechnung trägt und daß von einer Auflösung der 218. Gemeindegemeinschaft Abstand genommen wird.

Der Elternbeirat der 218. Gemeindegemeinschaft, Petersburger Platz 4. E. Boveleit, Obmann des Elternbeirats.

### Bücherbegünstigung durch den Magistrat

#### Betrügerische Kohlenpreiserhöhung

Die Berliner Bevölkerung ist schon daran gewöhnt, daß mindestens jeden Monat einmal eine Herabsetzung der Kohlenpreise erfolgt. Die Kohlenkonsumenten, also die gesamte Bevölkerung, erkennen eine neue drohende Preiserhöhung schon immer einige Zeit vorher daran, daß plötzlich aus den Kohlengeschäften die Vorräte verschwinden, und langsam freigegebene Kohlenstücke nicht mehr beliefert werden.

Wir haben wiederholt gefordert, daß bei etwa notwendigen Preiserhöhungen das Kohlenamt keine Maßnahmen so treffen muß, daß sich daraus nicht noch besondere Schädigungen der Ärmsten ergeben, und die Preiserhöhung für die Händler jedesmal ein besonderes profitables Geschäft wird, das direkt zum Anreiz zum Zurückhalten der Kohlen wird.

Trotz dieser immer wieder festgestellten Tatsachen, ändert das Kohlenamt seine Maßnahmen nicht, so daß der Glaube naheliegt, wonach auf das Vorgeben des Kohlenamtes die Kohlenhändler einen besonders starken Einfluß haben und dadurch die Konsumenteninteressen weniger Berücksichtigung finden. Welche Blüten dieser Zustand treibt, zeigt ganz offensichtlich ein Fall, der uns wieder heute gemeldet worden ist. Danach hat ein Kohlenhändler in der Richtigkeitsstr. 8 einen großen Vorrat an Kohlen zurückgehalten, und eine Belieferung erst vorgenommen, als die Preiserhöhung genehmigt war. In diesem Falle ist aber durch das Darwischentreten eines Kunden eine größere Schädigung der Kunden zum Teil noch verhindert worden. Dieser hatte festgestellt, daß die Belieferung der jetzt zu hohen Preisen verkauften Kohlen aus einem im Januar bezogenen Vorrat erfolgte. Eine Anzeige wegen Betrugs hatte dann zur Folge, daß ein Teil der Kohlen aus ihnen noch für 28,50 M. zuzustehenden Kohlen für diesen Preis erhielten, und andere, die sich meldeten, das zuvielgezahlte Geld zurückerhalten haben.

Nicht in jedem Falle wird der Betrug für das Publikum so leicht erkennbar gemacht und darum geht die Schröpfung meist ungedindert vor sich. Das wäre unmöglich, wenn dafür Sorge getragen wird, daß zu dem einmal festgesetzten Preis, mindestens das bereits freigegebene Quantum tatsächlich auch geliefert werden muß. Unreelle Kohlenhändler müssen rücksichtslos vom weiteren Bezuge ausgeschlossen werden. Um aber etwa beschuldigte weitere Schiedungen zu verhindern, muß eine Belieferung auch nicht an einen angeblichen Nachfolger erneut bewilligt werden.

### Die schwarze und die weiße Schmach

In einem Berliner Nachtlokal produziert sich gegenwärtig ein großes, aus zwanzig Personen bestehendes Ballett des Fräulein Offenen. In dem Programm dieses Balletts wird eine Nummer mit der hübschen Bezeichnung „Croix“ aufgeführt. Die Idee des Tanzes ist der Ueberfall einer weißen Frau durch vier schwarze. Die Ueberfallene wehrt sich verzweifelt gegen die Angriffe der Neger und stirbt schließlich infolge der Ausregung am Schluß des Tanzes. Die geschmackvolle Rolle der vier Schwarzen wird von deutschen Kamerunern gespielt, von denen zwei den Weltkrieg auf deutscher Seite mitgemacht und das Eisene Kreuz erworben haben.

Das Polizeipräsidium hat die Aufführung dieses Balletts fernerhin untersagt, da wegen der Mitwirkung der vier Neger eine Gefährdung der öffentlichen Ordnung und Sicherheit zu befürchten sei. Der Rechtsvertreter des Balletts, Rechtsanwalt Bahn, hat bei der Theaterabteilung des Polizeipräsidiums geltend gemacht, daß nicht nur keine Gefährdung der öffentlichen Ruhe zu befürchten sei, sondern daß im Gegenteil durch das Ballett dem deutschen Volke die schwarze Schmach in augenscheinlicher und abschreckender Weise vorgeführt werde.

Diese politische Begründung des Rechtsanwalts Bahn ist einfach eine Unverschämtheit. Wir haben keine Veranlassung, mit dem Rechtsanwalt darüber zu rechten, ob die nationalistische Wirkung des Tanzes erhöht wird durch die Tatsache, daß deutsche Negerjungen und Ritter des Eisernen Kreuzes die schwarze Schmach veranschaulichen. Wir haben auch bei ähnlichen Prozessen wiederholt betont, daß wir die Sittlichkeitsknüppel des Berliner Polizeipräsidiums für das ungeeignetste Mittel halten, den unfinnigen Geschmacklosigkeiten der Raditzianerveranstaltungen zu steuern. Wenn aber die Verfügung des Polizeipräsidiums, diesen Tanz nicht weiter aufzuführen, mit der läblichen nationalistischen Begründung des Rechtsanwalts Bahn aufgehoben werden sollte, so mühte auf das allerentschiedenste gegen das Polizeipräsidium vorgegangen werden. Nachdem namhafte Angehörige bürgerlicher Parteien und Kreise des besetzten Gebietes wiederholt in der ganzen Presse erklärt haben,

### Unter fremden Menschen

#### Von Maxim Gorli

Einzig autorisierte Uebersetzung von August Scholz  
Amerikanisches Copyright 1918 by Ullstein & Co., Berlin

(17. Fortsetzung)

„Waren wir allein, so sagte sie zu mir: „Er hat eine Heidenangst vor den Teufeln, der Alte! Die Furcht macht ihn vorzeitig alt — ein Unglücks Mensch, weiß Gott!“

Ich war im Walde sehr kräftig geworden, doch auch sehr menschenschau. An meinen Freunden nahm ich keinen Anteil mehr, und auch Ludmilla, die mir jetzt mit ihrer Persönlichkeit ziemlich langweilig vorkam, war mir gleichgültig geworden.

Eines Tages, im Herbst, kam der Großvater ganz durchregnet aus der Stadt. Er schüttelte sich an der Schwelle wie ein nasser Spah und sagte in triumphierendem Tone:

„Na, Landstreicher, morgen geht's in eine neue Stelle!“

„Wohin denn noch?“ fragte die Großmutter ärgerlich.

„Zu deiner Verwandten Matriona Sergejewna, oder vielmehr zu ihrem Sohne.“

„Ach, Vater, das hast du dir schlecht überlegt!“

„Schweig, dumme Gans! Vielleicht machen sie einen Zeichner aus ihm.“

Die Großmutter ließ stumm den Kopf hängen.

Am Abend erzählte ich Ludmilla, daß ich in die Stadt ziehen und dort wohnen würde.

„Auch mich wird man bald hinbringen“, erwiderte sie nachdenklich. „Mein Vater will, daß man mir das Bein ganz abnimmt — dann würde ich gesund werden, meint er.“

Sie war während des Sommers moogeter geworden, ihre Haut hatte einen bläulichen Anflug, und ihre Augen kamen mir größer vor.

„Hast du Angst?“ fragte ich sie.

Sie bejahte und begann still zu weinen. Ich wußte nicht, was ich ihr zum Troste sagen sollte — ich fürchtete mich selbst vor dem Leben, in der Stadt. Wir saßen lange, dicht aneinandergeschmiegt, in düsterem Schweigen zusammen.

Wäre es im Sommer gewesen, so hätte ich die Großmutter gebeten, mit uns beiden gemeinsam auf die Bettelfahrt zu gehen, wie sie es als junges Mädchen getan hatte. Ludmilla hätte ich in einem Wägelchen gefahren. Aber nun war es Herbst, ein feuchtkalter Wind segte durch die Gassen, der Himmel hing voll Wolken, und die Erde war zusammengekrumpft, schmutzig und trübselig anzuschauen.

4.

Ich wohne wieder in der Stadt, in einem zweistöckigen weißen Hause, das wie ein Sarg aussieht und vielen, vielen Menschen Obdach gibt. Es ist ein neues Haus, doch hat es etwas Ungefundenes, Gedunsenes, wie ein Bettler, der plötzlich zu Reichtum gekommen ist und keine größere Sorge hat, als recht viel zu essen und möglichst bald Fett anzusetzen. Es steht mit dem Giebel zur Straße und zählt in jedem Stockwerk acht Fenster, von denen vier auf die Hauptfront kommen. Aus dem Erdgeschoss blickt man in eine enge Einfahrt und auf den Hof, aus dem Oberstok über den Zaun hinweg auf das kleine Häuschen einer Waschfrau und in eine schmutzige Schlucht.

Eine eigentliche Straße ist nicht vorhanden. Die an zwei Stellen von schmalen Dämmen durchschnitene Schlucht zieht sich zur Linken nach der Kaserne der Militärsträflinge hin. Aller Schutt und Unrat von den Nachbarghöfen wird in diese Schlucht geworfen, auf deren Grunde sich eine dunkelgrüne Schmutzpfütze gebildet hat. Zur Rechten, am Ende der Schlucht, liegt der schlammige Schwedische Teich, während die unserem Hause gegenüberliegende Mitte zum Teil von Brennnesseln, Lattich und Ampfer überwuchert, zum Teil von Vater Dorimedont, dem Priester an der Maria-Jüribitten-Kirche, in einen Garten umgewandelt ist. Mitten im Garten befindet sich eine grün angestrichene Laube aus dünnen, schmalen Latten, die krachend bersten, wenn man einen ordentlichen Felsstein dagegen wirft.

Es ist ein wüster, widerlich anmutender Platz. Der Herbst hat den lehmigen Boden in eine Art rotbraunen Pech verwandelt, das jah an den Füßen haftet. Ich hatte noch nie so viel Schmutz in einem so kleinen Raume zusammen gesehen, und nach dem freien, reinen Leben in Feld und Wald erschien mir dieser Stadtwinkel doppelt abstoßend.

Jenseits der Schlucht ziehen sich verwiterte alte Zäune hin, und zwischen ihnen hindurch sehe ich in einigem Abstand das braungestrichene Haus mit dem Loden, in dem ich während des Winters als Lehrling tätig war. Seine Nähe bedrückt mich — warum muß ich nur wieder in dieser Straße leben?

Meinen neuen Lehrherrn kenne ich bereits: er war öfters bei meiner Mutter zu Besuch, in Gesellschaft seines Bruders, der immer so spähig sang: „Andrej — Papa, Andrej — Papa!“

Sie sind beide noch ganz die alten: der Ältere, Wajja, mit dem langen Haar und der Habichtsnase, ist ein angenehmer und anscheinend guter Mensch; der Jüngere, Biflor, hat

immer noch seine Sommerprossen und sein Pferdegesicht. Ihre Mutter, eine Verwandte meiner Großmutter, ist eine böse, jänische Alte. Der ältere der beiden Brüder ist verheiratet, seine Frau ist eine volle, quaddelige Person, so weiß wie Weizenbrot, mit großen, auffallend dunklen Augen.

Gleich am ersten Tage erzählte sie mir zweimal:

„Ich habe deiner Mutter eine seidene Bluse mit Schmelz beschenkt...“

Es schien mir nicht recht glaubwürdig, daß sie meiner Mutter die Bluse geschenkt hatte, und daß diese das Geschenk angenommen haben sollte. Als sie mir die Geschichte zum zweitenmal erzählte, erwiderte ich: „Na ja, so prahl doch nicht damit!“

Sie fuhr erschrocken zurück:

„Was — was war das? Mit wem sprichst du denn, Junge?“

Ihr Gesicht bedeckte sich mit roten Flecken, die Augen traten hervor, und sie rief ihren Gatten. Den Zirkel in der Hand und den Bleistift hinterm Ohr, kam er in die Küche, hörte die Beschwerde seiner Gemahlin an und sagte zu mir:

„Nur! dir, mein Lieber, man darf nicht frech sein, und man sagt zu allen Leuten ‚Sie!‘“

Dann wandte er sich zu seiner Frau um und brummte unwillig: „Belästige mich nicht mit jedem Quark!“

„Was? Einen Quark nennst du das? Wenn deine Verwandten...“

„Der Teufel soll sie holen, meine Verwandten!“ rief mein Lehrmeister zornig und lief hinaus.

Auch ich war auf die Leute, die sich als meine Verwandten bezeichneten, nicht gut zu sprechen, und daß diese hier mit der Großmutter verwandt sein sollten, wollte mir vollends nicht in den Kopf. Es war mir schon aufgefallen, daß Verwandte sich gegenseitig weit schlechter zu behandeln pflegen als Fremde, daß Klatsch und Janz, Gespött und läbliche Nachrede unter jenen weit mehr im Schwange zu sein pflegen als unter diesen.

Mein Lehrmeister gefiel mir, namentlich wenn er das lange Haar in den Nacken warf und hinter die Ohren zurückstrich. Ein vergnügtes Lächeln spielte öfters um seinen Mund; die grauen Augen blinzelten dabei gutmütig drein, und leichte Spottfältchen bildeten sich um die für geschwungene Nase.

„Hört doch endlich auf, euch zu zanken, ihr blässigen Hühner!“ pflegte er zu seiner Frau und seiner Mutter zu sagen, wobei ein mildes Lächeln seine kleinen, dicht stehenden Zähne sehen ließ.

(Fortsetzung folgt.)

